



Strahlende Siegerin: Barbara Janom Steiner bringt die Steuersenkung durch den Rat. (FOTO OLIVIA ITEM)

Janom Steiner setzt sich durch

Das Hauptgeschäft der Budgetdebatte im Grossen Rat, **eine Steuersenkung** für juristische Personen, ist mit **73:42 Stimmen** im Sinne der Regierung entschieden worden.

► CLAUDIO WILLI

Den Wirtschaftsstandort Graubünden stärken – dies sei der Auftrag des Parlaments, und diesen habe die Regierung mit ihrem Antrag umgesetzt. Nämlich mit der Senkung des Steuerfusses für juristische Per-

sonen von 16,7 auf 16,1 Prozent. Die Einnahmeausfälle werden sich auf jährlich zwölf Mio. Franken belaufen. FDP und BDP stimmten mehrheitlich dafür, SP und CVP dagegen, sie beklagten den falschen Zeitpunkt, da im Februar eine weitere Steuersenkung für Unternehmen

auf dem Prüfstand steht. Im Anschluss debattierte der Grosse Rat über den SP-Fraktionsauftrag zum Nationalen Schneesportzentrum Lenzerheide, welcher einstimmig verabschiedet wurde.

GROSSER RAT Seiten 7+9

Parlament unterstützt Wirtschaftspolitik der Regierung

Nach einer **ausgedehnten Debatte** folgt der Grosse Rat dem Kurs der Regierung: Er will mit **einer Senkung des Steuerfusses für Unternehmen** die Wirtschaft beflügeln.

► CLAUDIO WILLI

D

Das Hauptgeschäft bei der Debatte des Budgets 2017 bildete die vorgeschlagene Reduktion des Steuerfusses für juristische Personen. Diese war schon am Vortag heftig diskutiert worden und stand auch gestern im Zentrum der Budgetdebatte. Die Frage war, ob das Parlament der Mehrheit der GPK folge und eine Senkung des Steuerfusses ablehne.

«*Sehr wenige bezahlen sehr viel*»

Den Auftakt machte der Freisinnige Rudolf Kunz (Chur), der wie seine ganze Fraktion einen sehr wirtschaftsfreundlichen Kurs steuert und den Antrag der Regierung unterstützte. «Wir müssen mit anderen Kantonen mitziehen und die Steuern reduzieren», lautete die Hauptargumentation, unterstützt von Heinz Dudli (BDP, Zizers) und Bernhard Niggli (BDP, Grösch). Nur erfolgreiche Unternehmen könnten auch «Arbeitsplätze sichern», und dank diesen gebe es letztlich auch Steuereinnahmen von natürlichen Personen. Es sei die grösste Leistung eines jeden Unternehmens, Arbeitsplätze zu erhalten, unterstrich der Churer Stadtpräsident Urs Marti (FDP), der die Steuerpolitik als eine der wichtigsten Aufgaben des Parlaments bezeichnete. Er verwahrte sich gegen die Anschuldigung, die Unternehmen verabschiedeten sich aus ihrer Verantwortung, Steuern zu zahlen. Richtig sei, dass «sehr wenige sehr viel bezahlen», und ein Viertel der Churer Einwohnerschaft beispielsweise keine Steuern entrichte.

Votanten aus SP und CVP kritisierten, wie bereits am Vortag, den «voreiligen Entscheid» der Bündner Regierung. Es wäre doch besser, den 12. Februar 2017 abzuwarten, wenn über die Unternehmenssteuerreform (USR III) abgestimmt werde.



Überzeugte mit ihrer Argumentation die Mehrheit des Grossen Rates: **Barbara Janom Steiner** während der Budgetdebatte. (FOTO YANIK BÜRKL)

Peter Peyer (SP, Trin) erklärte, Graubünden gehöre zu den grössten Verlierern dieser angekündigten Reform und fragte, wo das Geld denn kompensiert werde. In die gleiche Kerbe schlug Conradin Caviezel (SP, Chur), der die Statistik zitierte, wonach 99 Prozent der Menschen ein gleiches Vermögen besässen wie die übrige Bevölkerung. Da seien Steuergeschenke fehl am Platz. Christoph Jaag (SP, Schiers) forderte «weniger Aufgeregtheit» und empfahl, die Steuersenkung abzulehnen. Anders Angela Casanova-Marion (FDP, Domat/Ems), die fragte, ob

es wirklich die Aufgabe der GPK sei, mit Anträgen «Politik zu machen».

Neue Ausgangslage

Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner (BDP) zerpfückte souverän die vielen Argumente. Eine Vernachlässigung, wie auch gefordert, sei «ein schlechter Scherz», denn die Festlegung der Steuerfüsse liege in der Kompetenz des Parlaments. «Offenbar sind Sie ein wenig aus der Übung gekommen, da diese meistens gleich geblieben sind.» Warum jetzt diese Reduktion, ohne Not, ohne Grund, zum falschen Zeitpunkt,

werde gefragt? Die Ausgangslage habe sich seit den letzten Debatten verändert, heute gehe es um eine «moderate Steuerfussreduktion», unterstrich die Finanzdirektorin. Verändert hätte sich kurzfristig das politische Umfeld: Es gebe garantierte Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank und auch vom Finanzausgleich würden mehr Gelder fliessen. Das eröffne Spielraum. Und wegen der USR III gebe es einen heftigen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen, auf den zu reagieren sei. «Wir leben nicht auf einer Insel.» Etwas fragwürdig sei, dass die GPK mit ihrem Antrag Politik mache, monierte Janom Steiner. Vor allem aber setzte die Regierung nur einen Auftrag des Grossen Rates um, nämlich den Wirtschaftsstandort Graubünden zu stärken. «Wir machen nichts anderes, als ihre Vorgaben umzusetzen.» Janom Steiner wehrte sich dagegen, dass die Regierung «nur etwas für die Grossen» tue, allein die Rekordhöhe an Investitionen zeige, dass die Regierung auch den kleineren Unternehmungen helfe. Falls es keine Zustimmung gäbe? «Da hätte ich als Finanzministerin einfach mehr Geld in der Kasse.»

Spannender Entscheid

Jon Pult (SP, Chur) verteidigte die GPK, die ihre Aufgabe korrekt erfüllt habe, es sei nicht Sache der Regierung, die Aufgaben der GPK zu definieren. Marcus Caduff (CVP, Morissen) wiederholte seinen Standpunkt, eine Steuerfussreduktion sei ein falsches Zeichen vor dem 12. Februar. Die mit Spannung erwartete Abstimmung ergab 73:42 Stimmen bei null Enthaltungen für eine Steuerfussreduktion. Die FDP stimmte geschlossen mit der Regierung, wie auch die grosse Mehrheit der BDP «ihrer» Regierungsrätin folgte. Anschliessend wurde das Budget 2017 mit allen Departementen durchberaten und ohne Gegenstimmen gutgeheissen. Damit konnte das Parlament, gemäss Traktandenliste stark im Verzug, die weiteren Geschäfte aufnehmen.

WORTWÖRTLICH

«Die Verschiebung der Steuerlast auf die arbeitende Bevölkerung muss ein Ende haben.»
ANDREAS THÖNY (SP, LANDQUART)

«Die Kultur darf dann nicht als Kompensation für Steuerausfälle herangezogen werden.»
SANDRA LOCHER BENGUEREL (SP, CHUR)

«Die SP-Parole 'Alle statt wenige' soll auch bei der Bezahlung der Steuern gelten.»
URS MARTI (FDP, CHUR)

«Sie kämpfen leidenschaftlich, das ist angenehm, wenn ich auf Ihrer Seite bin, andersherum ist es aber schwierig, Frau Finanzministerin.»
JON PULT (SP, CHUR)

«Der Auftrag, den Wirtschaftsstandort zu stärken, ist richtig, aber nicht mit einer einzigen Massnahme, einer Steuersenkung.»
MARCUS CADUFF (CVP, MORISSEN)

«Wir sollten die psychologische Wirkung einer Steuersenkung nicht unterschätzen, heute ist es der falsche Zeitpunkt.»
ALESSANDRO DELLA VEDOVA (CVP, SAN CARLO)

«Es gibt einen Steuerwettbewerb, deshalb ist handeln richtig, Stillstand wäre Rückschritt.»
ANGELA CASANOVA-MARON (FDP, DOMAT/EMS)

«Es ist einfacher, eine Schnur zu ziehen als zu stossen.» BERNHARD NIGGLI-MATHIS (GRÜSCH)

«Ich stelle fest, dass hier im Rat immer häufiger mit Giftpfeilen geschossen wird.»
HANS GEISSELER (CVP, UNTERVAZ)

«Man schaut nicht, wie das Geld hineinkommt, man gibt es lieber aus.»
HEINZ DUDLI (BDP, ZIZERS)

«Sie wollen ja sicher auch nicht Touristen als unerwünschte Personen bezeichnen.»
CLAUDIA TRONCANA (FDP, SILVAPLANA)

«Stimmen Sie wie Sie wollen, es ändert sich ohnehin nichts.»
REGIERUNGSPRÄSIDENT CHRISTIAN RATHGEB

«Ich würde gerne 6,4 Millionen Franken Steuern bezahlen, denn dann hat man richtig viel Geld.»
PETER PEYER (SP, TRIN)

«Ich versuche, hier eine Antwort zu formulieren, aber die Verantwortung dafür übernehme ich nicht.»
REGIERUNGSRÄTIN BARBARA JANOM STEINER

«Klug ist, wer klüger wird.»
URS MARTI (FDP, CHUR)

